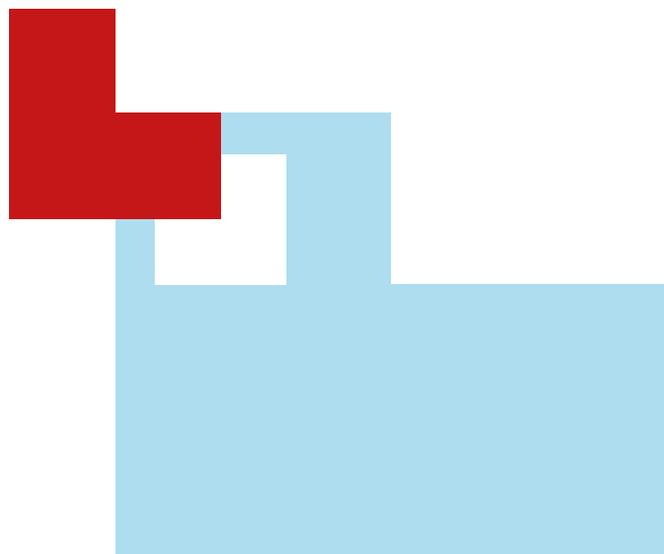




Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Mehr Nachhaltigkeitspolitik!

Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates
zum Bericht über Nachhaltigkeitsindikatoren 2014
Berlin, 28. Oktober 2014





Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Mehr Nachhaltigkeitspolitik!

Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates
zum Bericht über Nachhaltigkeitsindikatoren 2014
Berlin, 28. Oktober 2014

1. Die Bundesregierung misst, was sie zur Nachhaltigkeit tut. Das ist gut und zeigt vor allem eines: Mehr Politik ist nötig! In wichtigen Bereichen ist das Erreichen der Ziele der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bis 2020 nicht gewährleistet. Die Politik ist jetzt gefordert, hier zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Auf dem Weg hin zum Fortschrittsbericht 2016 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erwartet der Nachhaltigkeitsrat jetzt eine gründliche Analyse, wirkungsvolle Maßnahmen und eine Diskussion um die Ziele der nächsten Etappe der Nachhaltigkeitspolitik.
2. Der Nachhaltigkeitsrat begrüßt die umfangreiche Berichterstattung zu den Nachhaltigkeitsindikatoren durch das Statistische Bundesamt. Der jüngste Bericht vom Juni 2014 bestätigt den Mehrwert einer transparenten, unabhängigen und durch genaue Datenanalyse qualifizierten Berichterstattung zu den Nachhaltigkeitszielen der Bundesregierung. Die Bundesregierung sollte die Nachhaltigkeitsindikatoren stärker kommunizieren, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu steigern.
3. Der Rat spricht sich für eine verstärkte Nutzung der Kompetenz des Statistischen Bundesamtes aus, um der internationalen Nachfrage nach deutschen Erfahrungen besser zu entsprechen, insbesondere wenn es um den Klimaschutz und die Energiewende, die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung oder auch die Fragen zur Lebensqualität und zum sozialen Zusammenhalt geht.
4. Der Rat regt eine stärkere Einbeziehung der internationalen Dimension in die Nachhaltigkeitsberichterstattung an. Insbesondere sollte bei der 2016 anstehenden Fortschreibung der Strategie mit ihren Zielen und Indikatoren berücksichtigt werden, welche Konsequenzen die von den Vereinten Nationen für 2015 in Aussicht gestellten Nachhaltigkeitsziele und deren Indikatoren für Deutschland haben.
5. Der Rat hält weitere Anstrengungen zur Koordination und Kohärenz von Nachhaltigkeitsindikatoren bei Bund und Ländern für erforderlich. Die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes sollten kontinuierlich und auf Basis aktuellen Wissens fortentwickelt werden. An dem erforderlichen breiten gesellschaftlichen Dialog wird sich der Nachhaltigkeitsrat beteiligen.

Bei wesentlichen Zielen zur Nachhaltigkeit ist die Bundesregierung nicht auf Erfolgskurs. Das ist politisch und für die gesamte Gesellschaft besorgniserregend. Nachhaltigkeit verlangt deutlich mehr politische Entschlossenheit.

Der Bericht des Statistischen Bundesamtes ist von herausgehobener Bedeutung. Zu den Zielen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die die Bundesregierung bis 2020 respektive in einigen Fällen auch längerfristig erreichen will, schätzt der Bericht den jeweiligen Trend der letzten fünf Jahre ein und leitet daraus ab, ob sich das jeweilige Ziel auf diese Weise erreichen lässt. Das gibt der Politik wichtige Orientierungen. 16 Messgrößen signalisieren der Politik erhebliche Umsetzungsprobleme. Sechs weitere Messgrößen sind auf einem Erfolgskurs, der allerdings verlangsamt ist und das jeweilige Ziel aus Sicht des Berichtes unerheblich verfehlt. Erreicht oder fast erreicht werden die Ziele dagegen voraussichtlich bei 16 Messgrößen.

Der Bericht kommt zum richtigen Zeitpunkt. Die Nachhaltigkeitsstrategie „lebt“ durch den Prozess der Überprüfung und Entwicklung neuer Initiativen. Er muss kraftvoll gestaltet werden, damit die Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2016 erneut beschlossen und weitergeführt werden kann.

Defizitär droht die Zielerreichung vor allem in den besonders wichtigen Bereichen der Nachhaltigkeitsstrategie zu werden, wie dem Artenschutz, dem Stand öffentlicher Finanzschulden, der Mobilität sowie den Zukunftsinvestitionen. Hier geht die Entwicklung in die falsche Richtung. Der Klimaschutz erfordert besondere Aufmerksamkeit. Hier konterkarieren die aktuell steigenden Treibhausgasemissionen den positiven statistischen Trend der letzten Jahre. In anderen Bereichen ist die Annäherung an die Ziele so langsam, dass diese sehr wahrscheinlich verfehlt werden, wenn nichts zusätzlich getan wird. Das gilt z. B. für die Energieproduktivität, den Primärenergieverbrauch und die Rohstoffproduktivität, aber auch für die umweltgerechte Landwirtschaft. Auch der Flächenverbrauch ist noch zu hoch. Zielkonform ist der Trend für die erneuerbaren Energien, für den Abbau öffentlicher Finanzschulden, die Ausgaben für F&E-Innovationen und die Beschäftigungsquote.

Der Nachhaltigkeitsrat bekräftigt, dass es richtig ist, eine Nachhaltigkeitsstrategie anhand von Zielen und Messgrößen aufzubauen und zu steuern. Dass das Erreichen von Zielen schwierig ist, ist grundsätzlich nicht verwunderlich. Dieser Umstand bekräftigt und stärkt die Kernherausforderung der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Politik muss nachsteuern und nachlegen, wo dies erforderlich ist, um wichtige Ziele in zentralen Anliegen gegen den Trend doch noch zu erreichen und neue Zielstellungen zu begründen.

Der Rat ist der Auffassung, dass die Auswahl und Weiterführung der Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie in den kommenden zwei Jahren eine ausführliche Diskussion erfordert. Sie muss im gesellschaftlichen Dialog verankert sein und auf neuestem Wissen basieren. Nachhaltigkeit darf nicht nur als allgemeiner Begriff verwendet werden, sondern muss stärker als bisher konkret, also im Hinblick auf Ziele und Indikatoren, von der demokratischen Meinungsbildung in Deutschland aufgegriffen werden. Hier sind Parteien und Parlamente, Regierungen und Gesellschaft zunehmend gefragt.

Es ist gut, dass der Begriff Nachhaltigkeit mittlerweile in weiten Kreisen von Bevölkerung, Wirtschaft und Politik bekannt ist. Städte und Gemeinden drücken in vielen Fällen den Aktionen zur Nachhaltigkeit ihren spezifischen Stempel auf. Der Begriff „kommt an“. Er muss aber stärker mit steuernden Prozessen, Messgrößen und Eingriffen verbunden werden. Das gilt auf allen Ebenen, aber besonders für die Bundesregierung. Während die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren vorwiegend mit

dem Aufbau von Strukturen beschäftigt war, tritt jetzt das Steuern in den Vordergrund. Jetzt gilt es, unter Beweis zu stellen, dass Nachhaltigkeit nicht nur eine politische Idee ist, sondern auch ein Konzept zum Steuern von Entwicklungen.

Der Nachhaltigkeitsrat spricht sich für eine Weiterentwicklung des Konzeptes der Indikatoren aus. Hilfreich wäre es zudem, wenn die Indikatoren so vermittelt würden, dass sie im politischen Alltag „griffig“ werden. Globale Nachhaltigkeitsziele sollten sich in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie niederschlagen, und der internationalen Aufmerksamkeit zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik sollte besser Rechnung getragen werden.

Der Rat regt alle Interessierten an, sich weit intensiver als bisher mit der Nachhaltigkeitsstrategie auseinanderzusetzen und eigene Aktionen und Standpunkte stärker mit dieser zu verbinden.

Koordination stärken und Kohärenz schaffen

Defizite in der Ansteuerung von Zielen steigen mit der sachlichen Komplexität der Ziele und folglich mit der Anzahl und Vielfalt der Akteure, die angesprochen werden. Wo Indikatoren auf Defizite hinweisen, liegen die Themen meist quer zu den Zuständigkeiten von Bundesressorts und der Aufgabenteilung von Bund und Ländern. Immanente Konflikte zwischen verschiedenen Nachhaltigkeitszielen sind anzusprechen und, wo es geht, zu lösen. Die Routine disziplinärer und ressortmäßiger Praxis ist wichtig, kann aber oftmals den Bemühungen zur ressortübergreifenden Integration entgegenstehen. Eine wirksame Nachhaltigkeitspolitik erfordert auch strukturelle Neuerungen und neue Formen der Zusammenarbeit. Dies wird etwa im Bereich der ökologischen Landwirtschaft, des Flächensparens oder beim Klimaschutz deutlich.

Die Bundesregierung drückt die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination der Nachhaltigkeitspolitik bereits im Koalitionsvertrag aus. Der Nachhaltigkeitsrat bekräftigt dieses Anliegen, weil es zu wichtigen Ansätzen wie z. B. „Gutes Leben“ strategische Gemeinsamkeiten gibt. Wichtige Möglichkeiten birgt die Arbeit des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung. Die Zusammenarbeit mit den Ländern ist zu verbessern. Dennoch sind auch noch weitere Maßnahmen erforderlich. Den von der Bundesregierung postulierten Management-Regeln ist Geltung zu verschaffen.

Die Kultur des politischen Entscheidens an die Herausforderungen anpassen

Die Politik muss aus dem Stand der von den Indikatoren gezeigten Entwicklung Konsequenzen ziehen. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist die Kultur des politischen Entscheidens von besonderer Wichtigkeit. Der Wertekonsens spielt in den politischen Entscheidungen von modernen vielfältigen Gesellschaften eine wichtige Rolle. Dabei soll zugleich der Vielfalt von Kulturen und Lebensstilen Raum gegeben werden. Konsens und Vielfalt stehen in einem Spannungsverhältnis. Konkret ausgefochtene Konflikte über Nachhaltigkeitsziele können den Wertekonsens in der Gesellschaft festigen. Aus diesem Umstand beziehen demokratische Verfahren der Meinungsbildung ihre hohe Integrationskraft. Es wird empfohlen, hierfür die Nachhaltigkeitsstrategie wirksam zu nutzen.

Ambitionierte Ziele machen oftmals tief greifende Änderungen in Gesellschaft und Wirtschaft erforderlich. Das ist das Wesen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Transformation von Produktion und Konsum. Indikatoren sollten so gewählt werden, dass sie entweder alltagstauglich sind oder unmittelbar Politik steuernden Charakter haben, am besten beides zusammen. Alltagstauglich ist ein Indikator dann, wenn die Menschen dem umschriebenen Sachverhalt unmittelbar begegnen können und der Indikator eine Bildkraft entwickelt. Dies ist zum Beispiel für die Indikatoren Flächeninanspruchnahme, Rauchen und Ökolandbau der Fall. Politisch steuernd sind Indikatoren im Idealfall, wenn sie durch den Staat (durch Rechtsetzung oder administrative Maßnahmen) beeinflusst werden können. Eine politische Steuerung ist aber auch dann gegeben, wenn die Indikatoren einen kombinierten Politikbereich mit einer Vielzahl von Akteuren „spiegeln“. Dann sollte durch nach- und untergeordnete Messgrößen sichergestellt sein, dass sich die Wirkung von Maßnahmen auch zuordnen lässt. Zum Beispiel wäre es zweckmäßig, den Schlüsselindikator Rohstoffproduktivität durch weitere Aspekte fachlich zu ergänzen. Hierauf hat der Rat bereits in seiner Stellungnahme zur Ressourceneffizienz hingewiesen und Indikatoren gefordert, an denen Schritte zur vollständigen Recyclingwirtschaft ablesbar sind. Die fachliche Ausdifferenzierung bleibt dabei generell der Fachpolitik überlassen. Zur politischen Steuerung der nachhaltigen Entwicklung ist eine Begrenzung der zielgebundenen Indikatoren auf wesentliche und strategische Sachbereiche erforderlich.

Aus unserer Sicht kann hier die Kommunikation helfen. Hier besteht nach Einschätzung des Nachhaltigkeitsrates noch Verbesserungsbedarf. Die Bundesregierung sollte sowohl Entscheidungsträger und Multiplikatoren sowie Zivilgesellschaft stärker über die Nachhaltigkeitsaktivitäten informieren. Gedacht werden kann zum Beispiel an Aktionen zur Verringerung der Nutzung von Plastiktüten oder zur Verringerung von Lebensmittelabfällen. Möglich ist auch die Selbstbindung von Unternehmen mit Bundesbeteiligung an den Deutschen Nachhaltigkeitskodex und eine noch konsequentere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung des Bundes. Die organisierte Zivilgesellschaft und andere Akteure könnten den Rahmen dieser Aktionen ihrerseits spezifisch ausweiten, zum Beispiel durch Tauschbörsen oder sogenannte Strom-„Wechselpartys“. Die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit bilden einen geeigneten Rahmen, zumal wenn es gelingt, diese Aktionen auf europäische Ebene zu bringen.

Konvergenz und Synergie erreichen

Der Bericht des Statistischen Bundesamtes hat die Voraussetzungen, „der“ Standard in der bestehenden Vielzahl der öffentlichen Berichterstattung über Nachhaltigkeit zu werden. Vielfalt ist grundsätzlich gut, wird aber nur fruchtbar, wenn eine gezielte inhaltliche Konvergenz und Synergie der Indikatoren angestrebt wird, wo dies sinnvoll ist.

Die Länder berichten zu spezifischen sogenannten umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren 2014, die sich von denen des Bundes teilweise wesentlich unterscheiden. So wird zum Thema Artenschutz kein komplexer Vergleichsindex verschiedener Arten berechnet (wie das der Bund tut), sondern es wird über Größen der unter Schutz gestellten Flächen und die Gewässerstruktur berichtet. Hier wäre eine weitere Konvergenz grundsätzlich sehr wünschenswert. Länderspezifische Indikatoren sind insbesondere dann von ergänzendem Wert, wenn wesentliche Abweichungen einzelner Länder vom Bundesdurchschnitt nicht wiedergegeben werden. Beispielsweise ist das für die ökologische Landwirtschaft der Fall. Der Bundesdurchschnitt von 5,8% Anteil des Ökolandbaus an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Angabe des Statistisches Bundesamtes für 2012; die Länder geben 6,1 %

für 2011 an) wird von manchen Ländern sehr deutlich überboten, von anderen ebenso deutlich nicht erreicht.

Im politischen Umfeld der Indikatoren, die sich die Bundesregierung gegeben hat, gibt es eine ganze Reihe beachtenswerter paralleler Instrumente, die besser aufeinander zu beziehen sind.

- Der Bundestag hat 2013 Indikatoren zum Stand der Umwelt, des Sozialen sowie der Qualität von Arbeit und Bildung vorgeschlagen.
- Die KfW wiederum analysiert den Fortschritt in Sachen Nachhaltigkeit jährlich in Form eines aggregierten Index aus 24 Einzelindikatoren, der jeweils die Veränderungen zum Vorjahr aufzeigt.
- Der international übliche Human Development Index, HDI, ermittelt für alle Staaten der Welt die soziale Nachhaltigkeit mit Daten zu Lebenserwartung, Bildung und Sozialprodukt und bezieht auch die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ein. Die Bundesrepublik Deutschland schneidet dabei gut ab. Nötig ist es, den HDI mit bewährten Indikatoren zum ökologischen Fußabdruck zusammenzuführen; so hat der World Business Council for Sustainable Development die Ergebnisse des Global Footprint Network zum Beispiel in seiner Vision 2050 genutzt.
- Sektorale Nachhaltigkeitsstrategien warten mit speziell vertiefenden Messgrößen auf, wie dies zum Beispiel für die Biodiversität, die Elektromobilität, die nachwachsenden Rohstoffe oder die Verschuldungsgrenzen der Fall ist. Allerdings – und dies ist ein Defizit – liegen nicht für alle wichtigen Sektoren Strategien und Messgrößen vor.
- Das Bundesumweltministerium hat in dem Forschungsvorhaben den „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI) entwickeln lassen. In Anlehnung an den Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) aggregiert der NWI zahlreiche Indikatoren, darunter auch solche, für die keine Daten der amtlichen Statistik erhoben werden, deren Erhebung aber durchaus sinnvoll wäre. Indem er die Effekte aus dem Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen, der Umweltbelastung und der Einkommensunterschiede vom BIP abzieht, berechnet der NWI für 2000 bis 2010 eine signifikante Minderung des Wohlstands bei gesteigerter Wirtschaftskraft. Es ist zu begrüßen, dass der NWI an die internationale Diskussion um „wellbeing“ und „prosperity beyond growth“ anknüpft. Die amtliche Statistik sollte noch fehlende Ausgangsdaten erheben, um Indizes wie den NWI konkret nutzbar zu machen. Wir empfehlen, die zentralen Elemente in die Berichterstattung zu Nachhaltigkeitsindikatoren einzubinden.

Breite und Vielfalt dieser Berichtsansätze sind eindrucksvoll, und sicher liegt in der Vielfalt auch eine Stärke. Aber sie macht auch die Notwendigkeit einer stärkeren und verbesserten Koordinierung und Bündelung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik deutlich. Diese ist eine Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Ihr ist vor der Schaffung neuer Berichtssysteme der Vorrang zu geben.

Impulse für die gesellschaftliche Debatte gezielt verstärken

Alle einzelnen Indikatoren erfordern detaillierte politische Schlussfolgerungen durch die Bundesregierung. Dieser Einzelanalyse greift der Nachhaltigkeitsrat nicht vor. Vielmehr soll an dieser Stelle auf einige strategische Impulse aufmerksam gemacht werden, um insbesondere die Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Dialog anzusprechen.

Inhaltliche Ausweitung

Die Staaten der Welt arbeiten daran, die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen mit universell gültigen, globalen Nachhaltigkeitszielen zu verbinden. Sie sollen vorwiegend auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Hier liegt künftig eine zentrale Aufgabe für die Nachhaltigkeitsstrategie als übergeordnete Querschnittsstrategie.

Die zwischenstaatliche Offene Arbeitsgruppe hat konkrete Zielvorschläge sondiert. Mit weiteren vorbereitenden Arbeitsergebnissen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen starten nun die Verhandlungen. Die Fortentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie muss die Verbindung zwischen nationalen und globalen Zielen wirksam gestalten, auch über den bekannten Indikator zur Entwicklungszusammenarbeit hinaus. Die Umsetzung der Post-2015-Agenda und der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung erfordert deutsche Beiträge, die nur zum Teil von der Entwicklungspolitik erbracht werden können. Um für Deutschland herauszufinden, was universelle Nachhaltigkeitsziele real bedeuten, ist eine breite Auseinandersetzung erforderlich. Der organisierten Zivilgesellschaft kommt eine besondere Rolle dabei zu, diese Auseinandersetzung zu entfalten. Je konkreter diese an die Nachhaltigkeitsstrategie anknüpft, desto besser kann diese Rolle ausgefüllt werden.

Politische Steuerung

Als wirtschaftliche Zukunftsvorsorge misst die Nachhaltigkeitsstrategie das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP. Dieser Indikator spricht also öffentliche wie private Akteure an. Öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Verkehr und Bildung sind ein kritischer Input. Für die industrielle Kompetenz Deutschlands und für Unternehmen in den Märkten der Nachhaltigkeitslösungen sind sie von zentraler Bedeutung. Sie liegen indessen auf einem niedrigen Niveau. Höhere Investitionen in die Infrastruktur widersprechen nicht grundsätzlich dem Gebot des Schuldenabbaus. Sie sind für eine nachhaltige Finanzierung von Staat und Kommunen geboten.

Aus folgenden Gründen sollte die finanzielle Zukunftsvorsorge im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion größeres Gewicht erhalten: Mit dem Auslaufen der Bestimmungen zum Solidarpakt II und zum Länderfinanzausgleich Ende 2019 werden die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern generell neu zu regeln sein. Für die Länder greift die Schuldenbremse zeitgleich mit dem Ende der Strukturförderperiode der EU. Hinzu kommen die finanziellen Auswirkungen der jüngsten rentenpolitischen Beschlüsse und die langfristigen Herausforderungen der sozialen Nachhaltigkeit. Schließlich ist das Wachstum der Wirtschaftsdaten der deutschen Wirtschaft in starkem Maße von globalen Rahmendaten der Zinsmärkte abhängig, und diese bilden eine unabhängige Variable.

Dies unterstreicht die Wichtigkeit des Nachhaltigkeitsdenkens in der Finanzierung des Gemeinwohls.

Weiterentwicklung

Die Messgröße zur Mobilität (Kilometer / transportierte Personen und Güter) ist systematisch und sinnvoll. Allerdings gibt es viele Gründe, hier weitere Überlegungen anzustellen und den Mut zu neuen Indikatoren aufzubringen. Es geht darum, den Anstieg der Nachfrage nach einer klimaneutralen „grünen Logistik“, zum „Sharing“, zur Elektromobilität und zu intermodalen Mobilitätsangeboten – gemeint sind Alternativen zum Pkw wie Fahrrad und Umweltverbund – zu zeigen. Gerade bei hochkomplexen Sachverhalten ist die Differenzierung wichtig, wo und wie die Menschen selbst handeln können und wo staatliche und kommunale Maßnahmen ansetzen müssen.

Um zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu gelangen, sind mehr Anstrengungen nötig. Ein weiterer Indikator für nachhaltigen Konsum sollte ergänzt werden. Dieser sollte die Produktauswahl wie auch die Nutzung von Produkten ansprechen. Label und Kennzeichnungen decken in Deutschland derzeit nur ausgewählte Produktgruppen und -eigenschaften ab. Zudem wird der Kunde durch die Vielzahl von Labels und Kennzeichnungen oftmals verunsichert. Der „Nachhaltige Warenkorb“, die verbraucherorientierte, praktische Information des Nachhaltigkeitsrates über Konsumalternativen und Produktlabels, sollte von der Politik verstärkt genutzt werden. Für noch deutlich mehr Produkte und Bedürfnisse müssen die Rahmenbedingungen so beeinflusst werden, dass die Verbraucher mit ihrem Verhalten zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Wir plädieren für die Weiterentwicklung der Qualität und eine maßgerechte Ausweitung der Anzahl von Indikatoren, die das gesamte nationale und internationale Umfeld einbezieht.

Marlehn Thieme (Vorsitzende)
Prof. Dr. Alexander Bassen
Vera Gäde-Butzlaff
Walter Hirche
Jennifer Morgan
Prof. Dr. Lucia A. Reisch
Max Schön
Michael Vassiliadis

Olaf Tschimpke (stellvertretender Vorsitzender)
Prof. Dr. Gerhard de Haan (kooptiert)
Alois Glück
Kathrin Menges
Alexander Müller
Dr. Imme Scholz
Prof. Dr. Wolfgang Schuster
Prof. Dr. Hubert Weiger



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Nachhaltigkeitspolitik zu geben, Projekte mit Vorbildcharakter zu initiieren und das Thema „Nachhaltigkeit“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Der Rat wurde im April 2001 von Bundeskanzler Gerhard Schröder berufen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Rat im Juni 2013 erneut berufen.

Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung gehören 15 Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an.

Impressum

© 2014 Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
© Titelfoto: Hans-Günther Oed
Lektorat: Petra Thoms, Berlin
Grafik-Design: www.bert-odenthal.de
Druck: DruckVerlag Kettler
Gedruckt auf EnviroTop (aus 100% Altpapier)



www.nachhaltigkeitsrat.de

